

## NIEDERSCHRIFT

### 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 06.03.2012
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

---

Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Frank Breuer - ABU-Fraktion	
Herr Stv. Bruno Borrmann - SPD-Fraktion	
Frau Stv. Anna Nießen-Stellmach - SPD-Fraktion	
Herr Stv. Roland Andreas Krichel - CDU-Fraktion	
Herr Stv. Friedhelm Wirtz - GRÜNE-Fraktion	
Frau Hildegard Breuer - Sozialdienst katholischer Frauen	Vertretung für: Frau Derichs, Eva Maria
Herr Armin Carduck - Diakonie Kreis AC/Paritätischer WV	
Herr Matthias Feilen - Arbeiterwohlfahrt	
Frau Anja Herten - UNIO Alsdorf – Gemeinschaft d. Gemeinde	
Herr Stephan Spaltner - Dezernat II	Vertretung für: Herrn Sonders, Alfred
Herr Herbert Heinrichs - FG 3.2	
Herr Udo Bertram - Polizeipräsident Aachen	
Herr Ulrich Eichenberg - Evangelische Kirche	
Frau Beate Loosz - IGBCE	Vertretung für: Herrn Graf, Wolfgang
Frau Rosemarie Kolberg - AG Jugendhilfe Alsdorf	
Herr Önder Günay - Liste Pro Integration / Integrationsrat	
Herr Udo Kals - Jugendamtseleternbeirat	

#### Abwesend waren:

Frau Eva Maria Derichs - Sozialdienst kath. Frauen	entschuldigt
Herr Alfred Sonders - Bürgermeister	entschuldigt
Frau Kerstin Beek - Landgericht Aachen	entschuldigt
Frau Claudia Korebrits - Gesundheitsamt	entschuldigt
Herr Wolfgang Graf - SPD (IGBCE)	entschuldigt
Frau Astrid Petry - Bezirksregierung	entschuldigt
Frau Jutta Schmid - Agentur für Arbeit, Aachen	entschuldigt
Herr Frank Oehler - ARGE	entschuldigt

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung  
Vorlage: 2012/0050
2. Fragestunde für Einwohner  
Vorlage: 2012/0051
3. Bericht der Verwaltung  
Vorlage: 2012/0056
4. Anlegen eines Spielplatzes im Neubaugebiet Martin-Struff-Straße / Prof. Ludwig-Schaffrath-Straße  
Beschaffung von Spielgeräten  
Antrag der Alsdorfer Bürger Union (ABU) vom 15.02.2012  
Vorlage: 2012/0081
5. Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet  
hier: Fortschreibung der Bedarfsplanung 2012 - 2014 für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einschl. bedarfsgerechter Ausbauplanung und zukünftiger Gruppenformen  
Vorlage: 2012/0068
6. Kinderspielplätze im Stadtgebiet  
hier: Sachstandsbericht  
Vorlage: 2012/0069
7. Haushaltssatzung der Stadt Alsdorf nach NKF für das Haushaltsjahr 2012 und Finanzplanung für die Jahre 2013 - 2015  
hier: Vorberatung des Etat-Entwurfes der öffentlichen Jugendhilfe  
Vorlage: 2012/0070
8. Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz - BKISchG)  
hier: Gesetzliche Änderung zum 01.01.2012  
Vorlage: 2012/0071
9. Anfragen und Mitteilungen  
Vorlage: 2012/0057
10. Einführung und Verpflichtung eines beratenden Mitgliedes gem. § 71 (5) SGB VIII und der Satzung des Jugendamtes  
Vorlage: 2012/0120

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil:**

---

**zu 1      Eröffnung der Sitzung**  
**Vorlage: 2012/0050**

---

#### **Protokoll:**

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Stv. Karl-Heinz Robert, begrüßt die Sitzungsteilnehmer, die als Gäste erschienenen Stadtverordneten, Herrn Stv. Konrad Krämer (SPD-Fraktion), Herrn Stv. Koerlings (ABU-Fraktion) und Herrn Stv. Knippschild (fraktionslos), Herrn Yalcin Aydin (Integrationsrat), die Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/-innen, die Mitarbeiter/-innen der Verwaltung (Herrn Dezernenten Spaltner, Dez. II und vom FG 3.2 – Jugend, Herrn Heinrichs, Herrn Schmidt, Herrn Raida, Herrn Thimm, Frau Steiner, Frau Classen sowie die Schriftführerin, Frau Schaffrath, FG 1.1 – Büro des Rates).

Anschließend stellt Herr Vorsitzender Robert fest, dass Einladung und Erläuterungen zur heutigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Herr Vorsitzender Robert weist eingangs darauf hin, dass Punkt 10 „Einführung und Verpflichtung“ vorgezogen als Punkt 2 behandelt wird.

Änderungswünsche zur Tagesordnung seitens der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bestehen nicht.

Gegen die vorliegende Tagesordnung bestehen keine Bedenken, so dass diese als genehmigt gilt.

Für den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung kündigt Herr Carduck (Diakonisches Werk im Kirchenkreis Aachen e.V.) eine Mitteilung an.

---

**zu 2      Fragestunde für Einwohner**  
**Vorlage: 2012/0051**

---

#### **Protokoll:**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

---

**zu 3      Bericht der Verwaltung**  
**Vorlage: 2012/0056**

---

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses gefassten Beschlüsse sowie über die noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus der vorangegangenen Sitzung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einmütig.

---

**zu 4      Anlegen eines Spielplatzes im Neubaugebiet Martin-Struff-Straße / Prof.**  
**Ludwig-Schaffrath-Straße**  
**Beschaffung von Spielgeräten**  
**Antrag der Alsdorfer Bürger Union (ABU) vom 15.02.2012**  
**Vorlage: 2012/0081**

---

**Protokoll:**

Herr Stv. Koerlings, ABU-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass bereits im Jahr 2010 ein Antrag gestellt wurde, dessen Beantwortung der Fragen jedoch nicht in der Niederschrift protokolliert wurde.

Des Weiteren teilt Herr Stv. Koerlings bezüglich des Fraktionsantrages der ABU vom 15.02.2012 mit, dass an einen integrativen Spielplatz gedacht werde, der mit einfachen Mitteln zu erstellen ist. So sollten beispielsweise die Sitzflächen der Schaukeln verbreitert und so gesichert werden, dass die Kinder weder nach vorne noch nach hinten „wegfallen“ können. Vorstellbar sei, dass eventuell Hilfe seitens des VabW erfolgt.

Im Namen der ABU-Fraktion bittet Herr Stv. Koerlings darum beim Kauf bzw. bei der Auswahl der Spielgeräte Frau Rahders (KiTa Biberburg) und Frau Langen (KiTa DRK Moselstraße) mit in das Verfahren einzubeziehen, da diese über entsprechende Erfahrungen verfügen und ihre Zusage bereits erteilt.

Bezüglich des Beschlussvorschlages spricht sich Herr Stv. Koerlings seitens der ABU-Fraktion für Nr. 2 mit folgender Änderung des zweiten Satzes aus:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die erste Sitzung nach der Sommerpause eine beratungsreife Vorlage zu erarbeiten.

An die Verwaltung richtet Herr Stv. Koerlings die Bitte, dass jemand in der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen am 28.03.2012 zum Punkt „Spielplätze oder integrative Kinder und Jugendliche“ kurz Stellung bezieht.

**Anmerkung der Verwaltung:**

Seitens des Jugendamtes wird eine noch zu benennende Person an der Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen am 28.03.2012 teilnehmen.

Herr Thimm, FG 3.2 – Jugend, informiert, dass die Spielplatzkommission am 16.01.2012 bereits den Beschluss fasste, dass bei Neuanlegung von Spielplätzen künftig darauf zu achten ist, dass diese **barrierefrei** und **auch für Menschen mit Behinderungen** nutzbar sind.

Hinsichtlich der bereits bestehenden Spielplätze teilt Herr Thimm mit, dass auch bei diesen noch einmal danach geschaut wird, inwieweit beispielsweise mögliche Umrüstungen der Spielgeräte erfolgen können.

Herr Thimm spricht sich dafür aus, Frau Rahders und Frau Langen in die nächste Sitzung der Spielplatzkommission einzuladen.

Herr Stv. Koerlings bittet, die nicht schriftlich beantworteten Fragen des in 2010 gestellten Antrages im nächsten Protokoll zu beantworten.

**Anmerkung der Verwaltung:**

Die Beantwortung der Fragen der ABU-Fraktion, gemäß ihres Antrages vom 25.01.2010, ist als **ANLAGE der Niederschrift** beigefügt.

Abschließend lässt Herr Vorsitzender Robert über den nachstehenden Beschlussvorschlag, einschließlich der vorgetragenen Änderung von Herrn Stv. Koerlings, abstimmen:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, für die erste Sitzung nach der Sommerpause eine beratungsreife Vorlage zu erarbeiten.

## **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, für die erste Sitzung nach der Sommerpause eine beratungsreife Vorlage zu erarbeiten.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

---

**zu 5 Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet  
hier: Fortschreibung der Bedarfsplanung 2012 - 2014 für  
Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege einschl. bedarfsgerechter  
Ausbauplanung und zukünftiger Gruppenformen  
Vorlage: 2012/0068**

---

## **Protokoll:**

Eingangs informiert Herr Schmidt, FG 3.2 – Jugend, ausführlich zur vorliegenden Vorlage.

Er zeigt sich dahingehend optimistisch, dass die Stadt Alsdorf nach jetzigem Stand dem Rechtsanspruch „Kindergartenplätze für Kinder unter 3 Jahren“, gerecht wird.

Herr Schmidt macht auf den Vorschlag der Verwaltung aufmerksam, die Priorisierung in der Reihenfolge

- Kita Sankt Castor
- Kita Moselstraße oder das Familienzentrum Florianstraße

vorzunehmen.

Herr Spaltner, Dezernat II, führt aus, dass die Chancen genutzt werden, die sich aus dem demographischen Wandel ergeben. Die Jahrgangsstärken der Kinder und Jugendlichen werden immer kleiner. Damit keine Fehlbedarfe entstehen, werden die Ü3-Plätze reduziert und in U3-Plätze umgewandelt. Hierdurch sind zusätzliche Investitionen notwendig, da für einen U3-Platz andere Anforderung bestehen als für einen Ü3-Platz. Vom Grundsatz her stellt dies die wirtschaftlichste Lösung dar und führt zu einer zusätzlichen Auslastung der Einrichtungen.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, bezieht sich auf Seite 7/60 der Vorlage bei der das DRK Moselstraße als Invest aufgeführt ist. Er erkundigt sich, ob dies auch so im Haushalt steht.

Des Weiteren möchte Herr Stv. Wirtz wissen, da das DRK Moselstraße der GSG Wohnen zum Kauf angeboten wurde, um dann das Invest zu tätigen, ob dann die Einrichtung aus dem städtischen Haushalt raus ist.

Hierzu teilt Herr Spaltner mit, dass in Abstimmung mit der Kämmerei entsprechende Gespräche mit der GSG Wohnen geführt wurden. Dabei ging es um die Klärung der Frage, ob die Übernahme der Einrichtung und dann die Durchführung des U3-Ausbaus aus dem Vermögen der GSG Wohnen erfolgen kann und ob sie der Stadt dazu ein Angebot machen können. Derzeit wird an diesem Angebot gearbeitet und anschließend erfolgt innerhalb des Hauses eine Prüfung dahingehend, ob das Angebot gegenüber der Investition im eigenen Vermögen wirtschaftlich ist.

Herr Stv. Konrad Krämer, SPD-Fraktion, erwähnt, dass die U3-Betreuung sicherlich andere Kosten als die Ü3-Betreuung verursachen wird und er davon ausgehe, dass dies in der Hauptsache Personalkosten betrifft. Er möchte wissen, wie sich die Personalstruktur ändert.

Herr Schmidt teilt zur Beantwortung der Frage mit, dass die Änderung schwer in Zahlen zu fassen ist, weil dies mit der vorhandenen Personalstruktur bei den einzelnen Trägern zusammenhängt. Es kann durchaus sein, dass es zu keinen personellen Veränderungen bei den Trägern kommt.

Herr Vorsitzender Robert trägt den Beschlussvorschlag der Verwaltung einschließlich der Ergänzung vor und lässt anschließend über den nachstehenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege – Fortschreibungszeitraum 01.08.2012 – 31.07.2014 – wird zur Kenntnis genommen.

Die bereits in den Erläuterungen zur letzten Bedarfsplanung dargestellten Planungsansätze:

- als Planungsgrundlage gilt eine 95 % ige Versorgungsquote für 3-jährige Kinder bis zur Einschulung;
- die Umwandlung von Gruppen und Betreuungsformen hat Vorrang vor Schließung von Gruppen, wenn Bedarfs- und Nachfragenachweis gegeben ist;
- der Ausbau von Betreuungsplätzen in Tagespflege soll unter Berücksichtigung der durch das Land vorgesehenen Kontingentierung angestrebt werden;

werden bestätigt.

Darüber hinaus wird den durch die Verwaltung in der Bedarfsplanung genannten Maßnahmen – insbesondere der zum Ausbau der U3-Betreuung vorgeschlagenen Priorisierung „Sankt Castor, Florianstraße und Moselstraße“ - zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind für das Haushaltsjahr 2012 und Folgejahre einzuplanen.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt:

Die Fortschreibung der Bedarfsplanung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege – Fortschreibungszeitraum 01.08.2012 – 31.07.2014 (**Anlage der Originalniederschrift**) – wird zur Kenntnis genommen.

Die bereits in den Erläuterungen zur letzten Bedarfsplanung dargestellten Planungsansätze:

- als Planungsgrundlage gilt eine 95 % ige Versorgungsquote für 3-jährige Kinder bis zur Einschulung;
- die Umwandlung von Gruppen und Betreuungsformen hat Vorrang vor Schließung von Gruppen, wenn Bedarfs- und Nachfragenachweis gegeben ist;
- der Ausbau von Betreuungsplätzen in Tagespflege soll unter Berücksichtigung der durch das Land vorgesehenen Kontingentierung angestrebt werden;

werden bestätigt.

Darüber hinaus wird den durch die Verwaltung in der Bedarfsplanung genannten Maßnahmen – insbesondere der zum Ausbau der U3-Betreuung vorgeschlagenen Priorisierung „Sankt Castor, Florianstraße und Moselstraße“ - zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel sind für das Haushaltsjahr 2012 und Folgejahre einzuplanen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Protokoll:**

Zu Beginn des Tagesordnungspunkts gibt Herr Thimm, FG 3.2 – Jugend, einen kurzen Sachstandsbericht.

Herr Thimm informiert zum Thema „Gestaltung des Spielplatzes in Alsdorf-Busch“ und bezieht auch den Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2012 mit ein. Seitens der CDU-Fraktion wurde die Empfehlung ausgesprochen, die Neuerrichtung eines Spielplatzgeländes in Alsdorf-Busch in der Priorität nach oben zu setzen, d.h. ihn als ersten Spielplatz in der Folge zu überplanen und neu zu gestalten.

Herr Thimm geht davon aus, dass die Spielplatzkommission empfohlen wird, den Spielplatz in Alsdorf-Ost am Gerhart-Hauptmann-Platz neu zu gestalten und zu überplanen. Die Spielplatzkommission trifft sich am 12.03.2012, um sich vor Ort ein Bild der Spielplätze in Alsdorf-Ost und Siedlung Busch an der Mittelstraße zu machen und dann entsprechende Planungsempfehlungen erarbeiten zu können.

Hinsichtlich der Umsetzung der Spielgeräte, die sich auf dem Schulhof der ehemaligen Grundschule Busch befinden, wird aufgrund der entstehenden Kosten, die sich in einer Größenordnung von 5.000,-- € bis 6.000,-- € bewegen, seitens der Spielplatzkommission empfohlen, die Spielgeräte nicht auf den Spielplatz „Mittelstraße“ umzusetzen, sondern diese dort zu belassen, damit Kinder sie solange nutzen können bis dort die Bautätigkeiten beginnen.

Des Weiteren berichtet Herr Thimm von den Beanstandungen, die aufgrund einer vom TÜV durchgeführten Prüfung der Spielgeräte der öffentlichen Spielplätze festgestellt und durch die Mitarbeiter der GSG Grund und Stadtentwicklung abgearbeitet wurden. Für entfernte Spielgeräte, die nicht mehr reparabel waren, gehen demnächst die Bestellungen raus, so dass diese rechtzeitig zur Spielplatzsaison wieder dort stehen werden, erläutert Herr Thimm.

Zum Thema „Jugendplätze“ teilt Herr Thimm mit, dass sich der Bürgermeister dieser Sache angenommen hat und sich Ende März, Anfang April die Spielplätze ansehen wird, um sich selbst ein Bild davon zu machen, wo eventuell Jugendplätze entstehen könnten.

Herr Stv. Breuer, ABU-Fraktion, bittet, dass die Wippe auf dem Spielplatz „Alsdorfer Burg“ wieder zeitnah aufgestellt wird und erkundigt sich gleichzeitig nach dem Verbleib des „Schaukeltiers“, das bereits vor einem halben Jahr entfernt wurde. Er übt Kritik an der Aufstellung eines Hundetütenbehälters auf dem Gelände des Spielplatzes in Siedlung Ost am Gerhart-Hauptmann-Platz und bittet um zeitnahe Regulierung.

Herr Feilen, AWO-Kreisverband, erkundigt sich wie viele Spielgeräte demontiert wurden und wo die Schwerpunkte der Nutzung lagen.

Um die Frage beantworten zu können, bedarf es einer Rücksprache mit den Mitarbeitern der GSG, teilt Herr Thimm mit. Die GSG ist aufgrund vertraglicher Vereinbarungen verpflichtet, die Verkehrssicherung zu gewährleisten und darauf achten, dass alles entsprechend umgesetzt wird. Er sagt Herrn Feilen und den anderen interessierten Ausschussmitgliedern zu, ihnen die entsprechenden Informationen zukommen zu lassen.

Herr Stv. Borrmann, SPD-Fraktion, spricht sich dafür aus, dass die Mitarbeiter der GSG, die für die Instandhaltung/-setzung der Spielgeräte zuständig sind, beispielsweise Protokolle führen sollten.

Hierdurch würde dann dokumentiert:

- wann die Mitarbeiter vor Ort waren,
- welche Spielgeräte entfernt wurden,
- mit welchen Defekten sie wieder aufgestellt werden usw.

Herr Stv. Robert, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses formuliert den Beschlussvorschlag wie nachstehend und lässt darüber abstimmen.

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2012 wird an die Spielplatzkommission verwiesen.

#### **Beschluss:**

1. Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag der CDU-Fraktion vom 27.02.2012 wird an die Spielplatzkommission verwiesen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

- zu 1. Einmütig.
- zu 2. Einstimmig.

---

**zu 7      Haushaltssatzung der Stadt Alsdorf nach NKF für das Haushaltsjahr 2012 und  
Finanzplanung für die Jahre 2013 - 2015  
hier: Vorberatung des Etat-Entwurfes der öffentlichen Jugendhilfe  
Vorlage: 2012/0070**

---

**Protokoll:**

Eingangs erläutert Herr Heinrichs, FG 3.2 – Jugend, den vorliegenden Tagesordnungspunkt.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, möchte bezüglich des Teilfinanzplans „*Produkt 0600201 – Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder*“ wissen, falls der Verkauf der Kita Moselstraße umgesetzt wird, ob dann auch die Neubaukosten bzw. das Neubauinvest auf die GSG übertragen wird.

Sollte es zu einem Verkauf kommen, so Herr Dezernent Spaltner, Dezernat II, wird dieser zum Buchwert erfolgen. Die Höhe des Buchwertes wurde der Gesellschaft mitgeteilt. Er informiert, dass sich aus dieser Transaktion ertragsmäßig erst mal keine Veränderungen ergeben. Zukünftig wäre dann eine monatliche Mietzahlung zu entrichten.

Des Weiteren macht Herr Stv. Wirtz darauf aufmerksam, dass die Investitionskosten für das Jahr 2013 bezüglich des U3-Betreuungs-Ausbaus (Seite 8/22) rausgerechnet werden müssten.

Herr Dezernent Spaltner bestätigt, dass eine entsprechende Anpassung erfolgen müsste.

Herr Schmidt, FG 3.2 – Jugend, antwortet Herrn Stv. Wirtz bezüglich seiner Frage zum „*Investitionsprodukt 060301 – Sonstige Leistungen zur Förderung junger Menschen und ihren Familien*“ (Seite 16/22), Bereich „*Soziale Stadt, Herstellungskosten Luisenstraße*“. Er teilt mit, dass im Rahmen des gesamten Bewilligungsbescheides des Landes nur 45.000,-- € Barmittel für 2012 vorgesehen sind. Für das Projekt „*ABBBA*“ in der Luisenpassage stehen in 2012 allerdings im städtischen Haushaltsentwurf die erforderlichen Mittel zur Verfügung, informiert Herr Schmidt.

Ergänzend führt Herr Dezernent Spaltner aus, dass die im Bewilligungsbescheid stehende Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2012 nur rund 45.000,-- € beträgt. Hierdurch würde normalerweise die Situation entstehen, dass die Stadt Alsdorf in die Vorfinanzierung gehen müsste. Aufgrund von erfolgten Gesprächen mit der Bezirksregierung erfolgte die Aussage alles dazu beizutragen, damit es im Jahr 2012 zu höheren Mittelzuweisungen, die aus Rückläufen anderer Kommunen resultieren,

kommt. Zurzeit wird bei der Bezirksregierung daran gearbeitet und er hoffe, so Herr Spaltner, nicht in die Vorfinanzierung rein zu müssen.

Herr Carduck, Diakonisches Werk im Kirchenkreis Aachen e.V., möchte wissen, ob die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die sich den Fachbereich „Jugend“ anschauen soll, fachlich für diese Aufgabe geeignet ist. Ist es richtig, dass ein kostenloser Schnelltest vorgenommen wird, der dann als Grundlage für die künftige Ausrichtung und Weiterbildung des Organisationsbereichs dient?

Herr Heinrichs bestätigt Herrn Carduck, dass er das richtig verstanden habe. Bei der Firma „Rödl & Partner GbR“ handelt es sich um eine Fachfirma, die auch schon in anderen Kommunen im Bereich Jugendhilfe tätig wurde und Jugendämter prüfte.

Letztendlich liegt dann die Entscheidung beim Bürgermeister, ob die Sache weiter fortgeführt wird.

Herr Stv. Borrmann spricht sich seitens der SPD-Fraktion für folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags aus:

Zusätzlich beschließt der Rat der Stadt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Veräußerung der bisherigen Spielplatzfläche an der Luisenstraße / Ecke Hauptstraße im Haushaltsjahr 2012 kurzfristig zu realisieren.
2. Die Errichtung des dringend notwendigen Spielplatzes auf einer Teilfläche des „Dorfplatzes“ in Schaufenberg ist ins Haushaltsjahr 2012 vorzuziehen.
3. Die Deckung der erforderlichen Ausgaben erfolgt durch den zusätzlichen Verkaufserlös im Haushaltsjahr 2012.

Im Anschluss an die Wortbeiträge lässt Herr Robert, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung einschließlich der Ergänzung der SPD-Fraktion abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt:

Der Rat der Stadt beschließt:

Die für die Aufgabenerfüllung der Jugendhilfe – gemäß Vorlage des durch den Kämmerer aufgestellten und durch den Bürgermeister bestätigten Etatentwurfes einschl. der Maßnahmen zum Konsolidierungsfeld „Jugend“ für die öffentliche

Jugendhilfe (**Anlagen der Originalniederschrift**) - erforderlichen Haushaltsmittel werden wie folgt festgestellt:

Jugendhilfe nach SGB VIII - Produktbereich 06 =	18.408.424,00 €
Unterhaltungsvorschusskasse – Produktbereich 05 =	<u>1.079.803,00 €</u>
	19.488.227,00 €

Abzgl. Erträge/Refinanzierung - Produktbereich 06 =	6.415.500,00 €
Abzgl. Erträge/Refinanzierung – Produktbereich 05 =	<u>609.600,00 €</u>
	7.025.100,00 €

**Zuschussbedarf** **12.463.127,00 €**

Investitionsausgaben – Produktbereich 06 =	<u>1.897.900,00 €</u>
Abzgl. Einnahmen investiv – Produktbereich 06 =	<u>505.230,00 €</u>

**Zuschussbedarf** **1.392.670,00 €**

Zusätzlich beschließt der Rat der Stadt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Veräußerung der bisherigen Spielplatzfläche an der Luisenstraße / Ecke Hauptstraße im Haushaltsjahr 2012 kurzfristig zu realisieren.
2. Die Errichtung des dringend notwendigen Spielplatzes auf einer Teilfläche des „Dorfplatzes“ in Schaufenberg ist ins Haushaltsjahr 2012 vorzuziehen.
3. Die Deckung der erforderlichen Ausgaben erfolgt durch den zusätzlichen Verkaufserlös im Haushaltsjahr 2012.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Protokoll:**

Nach Einführung in die Grundlagen der rechtlichen Bestimmungen und Intention des Gesetzgebers stellt Herr Raida, FG 3.2 – Jugend, mithilfe einer Powerpointpräsentation die gesetzlichen Änderungen zum 01.01.2012 des „Gesetzes zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKISchG) vor.

Herr Stv. Borrmann, SPD-Fraktion, möchte wissen, was er sich unter einer Familienhebamme vorstellen müsse.

Bezüglich des § 4 „Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung“ des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) erkundigt er sich, ob auf gesetzlicher Ebene bereits Gespräche mit den Ärzten stattfanden.

Zum Thema „Familienhebammen“ berichtet Herr Raida, dass es sich um ausgebildete Hebammen handelt, die weiterhin zusätzlich geschult werden. Die Hebammen sollen nicht nur bei der Geburt sondern auch vor und nach der Geburt die Frauen betreuen und teilweise auch Aufgaben einer sozialpädagogischen Fachkraft wahrnehmen. Durch die Weiterbildungen soll erreicht werden, dass die Hebammen einen geschulten Blick dafür bekommen, Kindeswohlgefährdung zu erkennen und dann entsprechend zu handeln.

Des Weiteren teilt Herr Raida mit, dass bereits vor 2 Jahren das ärztliche Personal aller Krankenhäuser in der Städteregion geschult wurde. Sowohl bei der Gesundheitskonferenz, bei der das Gesundheitsamt anwesend ist als auch beim Netzwerk „Frühe Hilfen“, wozu auch Ärzte zur Teilnahme eingeladen werden, wird auf das Thema „Kindeswohlgefährdung“ hingewiesen.

Auf die Frage von Herrn Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, bezüglich der finanziellen Auswirkungen antwortet Herr Raida, dass

- a) die Familienhebammen komplett finanziert werden,
- b) die zwei zusätzlichen Stellen, die für die Beratung von Ärzten usw. und für den Netzwerkausbau erforderlich sind, zulasten der Kommune gehen.

Herr Carduck, Diakonisches Werk im Kirchenkreis Aachen e.V., spricht sich dafür aus, bei den Beratungen mit dem Gesundheitsamt und der Jugendamtskommunen darauf zu achten, dass eine kommunale Zuordnung bestimmter Familienhebammen erfolgt.

**Anmerkung der Verwaltung:**

Die Präsentationsunterlagen sind als **Anlage der Niederschrift** beigelegt.

Abschließend lässt Herr Robert, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses, über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einmütig.

---

zu 9      **Anfragen und Mitteilungen**  
Vorlage: 2012/0057

---

**Protokoll:**

**Anfragen** liegen nicht vor.

**Mitteilungen**

- a) **Mitteilung** durch Herrn Carduck, Diakonisches Werk im Kirchenkreis Aachen e.V., betreffend Bundeszuschuss zum Projekt „START KLAR“

Herr Carduck informiert, dass Alsdorf eine von 100 Kommunen in Deutschland ist, die beim Programm „*Elternchance ist Kinderchance*“ berücksichtigt

wurden. Hiermit verbunden ist für den Zeitraum von 3 Jahren ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 10.000,-- €.

b) **Mitteilungen Herr Heinrichs, FG 3.2 – Jugend, betreffend**

**1. Zuwendungsbescheid zum Projekt „KURVE KRIEGEN“**

Herr Heinrichs berichtet, dass die Stadt Alsdorf von der Bezirksregierung über den Polizeipräsidenten einen Zuwendungsbescheid für zwei Geschwisterkinder von jeweils 24.000,-- € für den Zeitraum eines Jahres (bis 05.03.2013) erhalten habe. Der noch aufzubringende Eigenanteil pro Kind beträgt 6.000,-- €.

**2. Ausstattung des Jugendamtes mit einem Notsystem**

Im Rahmen der Neuverkabelung des Rathauses wurden die Räume des Jugendamtes mit einem Notsystem versehen. Die Installierung wurde deshalb notwendig, da die Mitarbeiter des Jugendamtes immer wieder bedrohlichen Situationen gegenüberstanden. Durch die Betätigung eines Knopfes können jetzt auch zusätzliche Kräfte vom Ordnungsamt alarmiert und hinzugezogen werden.

**3. Personelle Situation innerhalb des Jugendamtes**

Des Weiteren teilt Herr Heinrichs mit, dass eine im Bereich „Mobile Jugendarbeit, Streetwork“ tätige Mitarbeiterin in Kürze ihr Arbeitsverhältnis bei der Stadt Alsdorf beendet.

Im Bereich des Jugendamtes sind zurzeit drei Mitarbeiterinnen schwanger, von denen eine Mitarbeiterin sich bereits im Erziehungsurlaub befindet.

Herr Stv. Wirtz, GRÜNE-Fraktion, möchte wissen, ob betreffend der frei werdenden Streetworker-Stelle bereits Einstellungsgespräche erfolgten und wie schnell für Ersatz gesorgt werden kann.

Herr Heinrichs zeigt sich zuversichtlich, dass die Stelle relativ schnell besetzt werden kann. Bewerbungsgespräche fanden noch nicht statt; jedoch wurden bereits erste Gespräche mit dem Personalamt der Stadt Alsdorf geführt.

**c) Mitteilungen Herr Schmidt, FG 3.2 – Jugend,**

**1. zum Thema „Jugendamtse Elternbeirat“**

Herr Schmidt berichtet, dass der Jugendamtse Elternbeirat bereits schon zum zweiten Mal tagte. Zukünftig wird es dann so aussehen, dass der Jugendamtse Elternbeirat dem Jugendamt Hinweise oder Empfehlungen für den Bereich Kita unterbreiten wird.

**2. Richtlinien für den Verfügungsfond im Zusammenhang mit dem Projekt „Soziale Stadt Alsdorf-Mitte“**

Weiter informiert Herr Schmidt, dass im nächsten Hauptausschuss der Stadt Alsdorf ein Entwurf zu den Richtlinien im Zusammenhang mit dem Projekt ABBBA, Soziale Stadt, thematisiert ist. Die Richtlinien stehen in Zusammenhang mit dem Verfügungsfond, der dazu dient, im Rahmen des Gemeinwesens Projekte zu unterstützen, diese zu organisieren bzw. zu beschreiben, welche Maßnahmen dafür in Frage kommen. Des Weiteren äußert Herr Schmidt, dass es hierzu einen Beirat geben wird. Die Richtlinien müssen sehr zügig verabschiedet werden, da diesbezüglich bis Ende März eine Meldung an die Bezirksregierung erfolgen muss, um eine Berücksichtigung im Rahmen des Förderprogramms zu erreichen.

**3. Gemeinnützigkeit des Vereins ABBBA**

Hierzu teilt Herr Schmidt mit, dass das Finanzamt die Gemeinnützigkeit des Vereins anerkannt hat. Die Eintragung ins Vereinsregister als „eingetragener Verein“ (e.V.) ist beantragt.

---

zu 10 Einführung und Verpflichtung eines beratenden Mitgliedes gem. § 71 (5) SGB VIII und der Satzung des Jugendamtes  
Vorlage: 2012/0120

---

**Protokoll:**

Anmerkung der Verwaltung:

Der Tagesordnungspunkt 10 wurde nach dem Tagesordnungspunkt 1 „Eröffnung der Sitzung“ behandelt.

**Beschluss:**

Herr Udo Kals und Herr Yalcin Aydin werden durch Herrn Stv. Robert als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses in den Ausschuss eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch Handschlag verpflichtet.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**gez. Robert**  
Vorsitzender des  
Jugendhilfeausschusses

**gez. Schaffrath**  
Schriftführerin